

Ein erster Schritt in Richtung Tarifvertrag

Weihnachtsgeld für studentische Hilfskräfte und TutorInnen – aber nicht für alle

Studentische Hilfskräfte und TutorInnen, die am 1. Dezember seit 1. Oktober oder insgesamt sechs Monate im jeweiligen Jahr beschäftigt sind, haben einen grundsätzlichen Anspruch auf Weihnachts-

geld. Damit haben sich der HiWi-AK und andere Gruppen in Hessen gegen das Wissenschaftsministerium durchgesetzt, das das bis zuletzt verhindern wollte. Doch Ärger gibt es noch genug.

HiWi-AK

Das Weihnachtsgeld beträgt bis zu einer Monatsvergütung und wird für 1994 erstmalig in diesem Monat ausgezahlt.

Für 1993 ist ein Antrag erforderlich. Formulare sind im ASTA-Geschäftszimmer erhältlich.

Ansprüche aus 1992, an deren Rechtmäßigkeit auch in der Uni-Verwaltung keinerlei Zweifel bestehen, werden derzeit aber von der zuständigen Zentralen Vergütungsstelle abschlägig beschieden, weil dieser keine Auszahlungsermächtigung vorliege. Diese Frechheit werden wir uns nicht bieten lassen.

Das Wissenschaftsministerium ist - nach einigem widersprüchlichen hin und her - derzeit nicht bereit, seine Erlaßlage entsprechend zu korrigieren. Gezahlt wird erst, wenn die 92er Ansprüche vor Gericht geltend gemacht werden, wie kürzlich eine Hilfskraft an der Gesamthochschule Kassel vorführte (Urteil liegt vor).

Klagewelle angedroht

Wiesbaden scheint offensichtlich auf die alsbaldige Hinfälligkeit der 1992er Ansprüche wegen Verjährung zu setzen, die zum Jahreswechsel bevorsteht. Dem Land Hessen als Arbeitgeber drohen wir daher eine Klagewelle an. Um die Verjährung zu unterbrechen ist bis zum Jahresende das Erheben einer Klage oder die Erwirkung eines gerichtlichen Mahnbescheides erforderlich. Im HiWi-AK werden daher derzeit entsprechende Vorbereitungen getroffen.

Dieses Zwischenergebnis konnte nur geschafft werden, weil viele Hilfskräfte

und TutorInnen, das ASTA-Hilfskräfte-referat, der HiWi-Ak, die Gewerkschaften ÖTV und GEW sowie die Personalräte in einer koordinierten Aktion auf vielen Ebenen Druck gemacht haben.

Ursprünglich war in Wiesbaden nämlich erwogen worden, nicht nur den studentischen Hilfskräften und TutorInnen kein Weihnachtsgeld zu gewähren, sondern es auch den wissenschaftlichen Hilfskräften gänzlich zu streichen. Diese erhalten Weihnachtsgeld zwar unter Anwendung des Zuwendungs-Tarifvertrages, jedoch nicht aufgrund eines tarifvertraglichen Anspruches, sondern als freiwillige Leistung. Daß auch beim Weihnachtsgeld Hilfskräfte nicht willkürlich ungleich behandelt werden dürfen, entschied bereits 1992 das Bundesarbeitsgericht. Insofern hätte eine künftige Gleichbehandlung auch durch entsprechende Streichung des Weihnachtsgeldes erreicht werden können.

Auf gemeinsamen Druck hin konnte dies verhindert werden. Ende Juli gab das Wissenschaftsministerium wohlweislich nach und sprach auch studentischen Hilfskräften Weihnachtsgeld ab 1993 zu, diskriminierenderweise nicht jedoch den TutorInnen, die unbestritten eine tragende Säule in der Lehre sind. Diese weitere Ungleichbehandlung war juristisch nicht haltbar, so daß das ASTA-Hilfskräfte-referat sich genötigt sah, eine juristisch fundierte Eingabe an das Ministerium zu machen und in den Semesterferien insbesondere mit den Personalräten sowie mit der ÖTV und GEW erneuten Druck zu entfachen. Vor einigen Tagen ging es dann durch die Tagespresse, daß das Wissenschaftsministerium es als ein Gebot der Gerech-

tigkeit betrachte, nunmehr auch TutorInnen Weihnachtsgeldansprüche zuzuerkennen.

Erreicht werden konnte dabei auch eine entsprechende Entlastung der Uni-Haushalte, sonst hätte zum Wintersemester kaum noch eine Hilfskraft oder EineR TutorIn eingestellt werden können. Indem nach anfänglicher Zurückhaltung 2,4 Millionen DM aus der Haushaltsperre der hessischen Hochschulen genommen wurden, wären damit auch Weihnachtsgeldansprüche aus 1992 gedeckt.

Ein Weihnachtsgeldproblem wäre uns erspart geblieben, wenn im Jahr 1992 der ausgehandelte Tarifvertrag von der Arbeitgeberseite unterzeichnet worden wäre. Dieser Tarifvertrag hätte das Land Hessen kaum mehr Geld gekostet, im wesentlichen aber Rechtssicherheit gebracht. Mit dem kollektivrechtlichen Schutz eines Tarifvertrages wäre der derzeitigen Willkür ein Ende gesetzt. Dies gilt nicht nur für das Weihnachtsgeld, sondern auch für die 1994 rechtswidrig ausgebliebene Vergütungserhöhung, als wären Hilfskräfte die einzigen ArbeitnehmerInnen an der Uni, für die 1994 nicht teurer als 1993 geworden sei.

Auch daran arbeiten wir derzeit - mit dem Ziel eines Tarifvertrages, zumal am 17. Januar 1995 erneute Tarifverhandlungen für Hilfskräfte und TutorInnen stattfinden und wir aus Marburg gut vertreten sein werden. Die Wiederaufnahme der HiWi-Tarifverhandlungen hatte die ÖTV nach der diesjährigen Tarifrunde zum Junktim für weitere sonstige Tarifverhandlungen in diesem Jahr gemacht. Unser Ziel ist daher, den bereits ausgehandelten Tarifvertrag alsbald unter Dach und Fach zu bringen. Macht mit! (Siehe auch Seite 7)

ASTA-Hilfskräfte-referat (Balu)



HiWi-Ak

- Treffen: montags 18 bis 20 Uhr im ASTA, im Balu-Raum
- Hilfskräfteberatung: dienstags von 11 bis 12 Uhr.

Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg

Uni und "Studentenwerk" wollen so wenig Feten wie möglich zulassen

Immer wieder gibt es Probleme damit, Uniräume zu finden, in denen studentische Gruppen Feten feiern können. Im Phil-Fak-Foyer, im Mensasaal und in vielen anderen Räumen werden sie nicht mehr

genehmigt. Die Auflagen und Einschränkungen für die (noch) verbleibende Milchbar und das Hörsaalgebäude (für Großveranstaltungen wie das Ersti-Fest) machen den OrganisatorInnen zu schaffen.



Angesichts dieser Schwierigkeiten regten VertreterInnen des AStAs ein Gespräch mit dem zuständigen Abteilungsleiter in der Uni-Verwaltung, Horst Olbricht, und dem Leiter der Mensa-Verpflegungsbetriebe, Klaus Moske, bei Uni-Präsident Werner Schaal an. Eine Anfrage des Bündnis alternativer linker Uni-Gruppen (BALU) an Schaal in der vergangenen Konvent-Sitzung brachte die gleichen Ergebnisse. Das, was bekannt wurde, ist alles andere als erfreulich.

Mensa-Feten sind vorbei

- Die Mensa als Veranstaltungssaal fällt endgültig weg. Grund: Die neue Bestuhlung, "die ein enormes Geld gekostet hat" (Moske), könne nicht mehr aus dem Saal entfernt werden.
- Die Milchbar wird im Rahmen des Mensa-Umbaus zu einem Verwaltungstrakt (siehe AStA-Info 01). Einen Ersatz wird es nicht geben. Gegebenenfalls sollen zwei Garagen umgebaut werden. Ob diese für Feten oder "etwas feineres" (Moske) zur Verfügung gestellt werden, ist noch nicht entschieden. Die Räume sind in jedem Fall wesentlich kleiner als die Milchbar.

- Andere Räume (etwa die Cafeteria, wie früher einmal) werden nicht vermietet, weil "den studentischen Gästen der Zustand nach den Feten nicht zugemutet werden kann" (Moske).

Wie auch in anderen Fällen stehen studentische Belange beim Studentenwerk nicht hoch im Kurs. Feten sind dem Stud-Werk nicht wichtig; es will sie eigentlich nur noch widerwillig gestatten. Moske erzählte Schauergeschichten von Zerstörungen bei Feten, über suspektere Typen, die aus Frankfurt kommen und Randalie machen.

Zudem hob er die Beschwerden der Marburger Gastwirte hervor. Die BesucherInnen der Mensa bezeichnet er gerne als "studentische Gäste". Er be-

stritt, daß es gerade diese studentischen Gäste sind, die die Feten besuchen.

Auch Uni-Verwalter Horst Olbricht wußte von schreckenserregenden Zerstörungen bei Feten zu berichten. Den Hinweis, daß diese durch die AStA-Versicherung abgedeckt sind, erwiderte er mit haushaltstechnischen Problemen. Wo kein Wille ist...

Phil-Fak bleibt auch zu

Im übrigen wurde klar:

- Das Phil-Fak-Foyer steht für Feten nicht mehr zur Verfügung, angeblich auf Wunsch der Phil-Fak-Dekane. Die Verwaltung wäscht ihre Hände in Unschuld. Mal sehen, was ihr einfällt, wenn Fachbereiche das anders sehen.

- Fachschaften sollen ihre Feiern in eigenen Seminarräumen veranstalten, im "familiären Rahmen". Auch auf den Lahnbergen sei das möglich. Und große Fachschaften? Achselzucken!

HSG nur fürs Ersti-Fest

- Das Hörsaalgebäude wird nur noch für das Ersti-Fest an den AStA vermietet, und nur unter strengen Auflagen: etwa Fetenende um 1 Uhr, Offenhalten aller Eingänge, Rauchverbot, Flächen, auf die keine Aufbauten gestellt werden

dürfen, Verbot von Raucheffekten auf der Bühne.

Olbricht verweist immer wieder auf die Feuerwehr. An der Suche nach gemeinsamen Lösungen war er jedoch nicht interessiert.

Der Präsident blieb im wesentlichen auf der Seite von Olbricht. Immerhin besuchte Herr Professor Schaal das jüngste Ersti-Fest, um die von seinem Untergebenen geschilderten schlimmen Zustände selbst in Augenschein zu nehmen. Mal abgesehen davon, daß es für Menschen immer bedrohlich wirkt, einer großen Masse andersartiger Leute (in diesem Falle jüngeren) ausgesetzt zu sein, bleibt nur zu hoffen, daß er feststellen mußte, wie übertrieben negativ die Olbrichts Schilderungen sind – und daß solche Feste einfach zur Uni dazu gehören.

P.S.: Es ging bei dem Gespräch auch um Proberäume für studentische Theatergruppen. Den dafür geeigneten Deutschhauskeller will die Uni nur widerwillig zur Verfügung stellen. Lieber solle der Raum leerstehen – falls ihn jemand anderes aus der Uni braucht. Dem Marburger Schauspiel wird er dagegen gerne vermietet.



Mitstreiterinnen gesucht

Das Autonome FrauenLesben-Referat stellt sich vor

Das Autonome FrauenLesbenReferat ist im ASTa ein mit einem Sachmitteletat ausgestatteter Ort und Raum für Frauenpolitik. Die inhaltliche und formale Gestaltung dieser Politik erfolgt durch die Gruppe, die dort arbeitet.

Die Gruppe, die momentan im Referat arbeitet, existiert seit Januar 1991. In der Auseinandersetzung um ein Selbstverständnis bildete sich bei uns eine inhaltlich-politische Linie mit den Schwerpunkten Antirassismus, der Situation von Frauen in männerdominierten Strukturen (Uni, Schule, Arbeitsfeld) heraus. Wir organisierten Veranstaltungen, holten zusammen mit anderen FrauenLesben-Gruppen die Ausstellung "Frauen aus aller Herren Länder" nach Marburg und bereiteten dazu eine begleitende Veranstaltungsreihe vor. Außerdem reagierten wir auf aktuelle Vorkommnisse in Marburg und anderswo, z.B. in Form von Flugblättern und Aktionen.

Im letzten halben Jahr schrumpfte unsere Gruppe aus verschiedenen Gründen, so daß letztlich nur noch vier Frauen übriggeblieben sind, die gerade noch den organisatorischen Rahmen des Autonomen FrauenLesben Referats auf-

rechterhalten können, aber mit einer inhaltlichen Arbeit überfordert sind. Wir wissen auch nicht, wie wir als Gruppe noch bestehen bleiben können, da für die meisten von uns mittlerweile auch der Studienabschluß ansteht.

Da aber die (inhaltliche) Arbeit unbedingt weitergehen soll und wir auch Pläne und Ideen haben, brauchen wir neue Mitstreiterinnen! In diesem Semester haben wir wieder Café-Öffnungszeiten und ein regelmäßiges 14tägiges Plenum, zu dem wir Euch herzlich einladen möchten. Das nächste Plenum findet am 2. November um 20 Uhr im Autonomen FrauenLesben Referat im ASTa-Flur statt.

Die wöchentlichen Café-Öffnungszeiten, die Platz bieten zum Klönen und Schätzen, Kaffee- und Teetrinken und um Bücher aus unserer Bibliothek auszuleihen, sind dienstags und donnerstags jeweils 13 bis 15 Uhr.

Wir freuen uns auf Euer Kommen!

ASTa lädt ein zum Tag der Offenen Tür

Der ASTa lädt für Donnerstag, 10. November, ein zu einem Tag der Offenen Tür. Die ASTa-tragenden Gruppen stellen ihre Arbeit vor, ebenso die Referate. Nähere Infos gibt's auf einem Extra-Flugblatt.

Heißer Atomherbst '94: Stoppt den Castor!

Anfang Dezember will Bundesumweltminister Töpfer die niedersächsische Umweltministerin Griefahn anweisen, das geplante Atommüllendlager Schacht Konrad zu genehmigen. Stoppt Schacht Konrad, stoppt die AKW's — unter diesem Motto ist für Samstag, 3. Dezember, eine Demo in Salzgitter-Bleckenstedt geplant. Wer hinfahren will, sollte sich im ASTa beim Öko-Referat melden. Bei Interesse wird ein Bus organisiert. Stichtag: 10. November.

Tag X, wir stellen uns quer. Tag X ist der Tag, an dem der Castor-Transport vom AKW Philippsburg zum Zwischenlager Gorleben stattfinden soll. Gemeinsam mit dem Widerstand im Wendland, etwa der BL Lüchow-Dannenberg, sollen Blockaden und andere Aktionen den Transport aufhalten. Näheres beim Öko-Referat und der Grünen HSG.

"Uni-Verwaltung muß das Land vertreten"

Präsident Schaal antwortete im Konvent auf Fragen zum Hiwi-Weihnachtsgeld

Zur Problematik der Weihnachtsgeldansprüche von studentischen Hilfskräften und TutorInnen wurde Uni-Präsident Werner Schaal im Konvent von Jan Frerichs (Balu) befragt. In seiner Antwort sprach Schaal von einer "leidigen Geschichte". Er und andere hätten darauf hingewiesen, daß bei Weihnachtsgeld-Ansprüchen nicht zwischen studentischen Hilfskräften und TutorInnen unterschieden werden könne. Vernünftig wäre es gewesen, allen Anspruchsberechtigten Weihnachtsgeld ohne Antrag auch für die Vergangenheit auszuzahlen. Dagegen habe sich aber die Zentrale Vergütungsstelle in Kassel (ZVL) gesperrt. Man habe die Fachbereiche über die Ansprüche informiert und dort entsprechende Aushänge gemacht.

Die 1992er Ansprüche könnten geltend gemacht werden. Er sowie die Uni-Verwaltung hätten in mehreren Gesprächen mit Wissenschaftsministerin Evelies Mayer (SPD) und weiteren Zustän-

digen versucht, auf eine Auszahlung von Weihnachtsgeld für 1992 hinzuwirken. Die Uni-Verwaltung müsse aber das Land vertreten und könne sich somit nicht auf die Seite dieser Beschäftigten stellen. **Die Betroffenen müßten vor Gericht klagen.**

Da es häufig eher Zufall sei, ob Hilfskräfte bzw. TutorInnen im Sommer- oder Wintersemester beschäftigt sind, sei es "sinnvoller, auch im Sommersemester einen Aufschlag zu zahlen".

Dazu ist folgendes anzumerken. Es ist positiv, daß der Präsident bzw. die Verwaltung so eindeutig Interessen der studentisch Beschäftigten befürwortet haben. Daß die Uni-Verwaltung sich aber nicht auf deren Seite stellen könne, sondern das Land vertreten müsse, scheint doch ein bißchen wenig. Hier bleibt die Uni-Verwaltung aufgefordert, das Wissenschaftsministerium weiter zur Anordnung der Auszahlung der 92er Ansprüche zu drängen.

Ob an den Fachbereichen die erwähnte Aufklärung stattfindet und entsprechende Aushänge (an gut sichtbarer Stelle) einzusehen sind, kann angezweifelt werden. Die studentischen VertreterInnen in den Fachbereichsräten (FBR) sind gefordert, das zu überwachen.

Wenn der Präsident der Auffassung ist, Hilfskräften und TutorInnen sinnvollerweise auch im Sommersemester einen Aufschlag zu zahlen, bringt er damit das zum Ausdruck, was bereits im ausgehandelten, jedoch von den ArbeitgeberInnen nie unterzeichneten Tarifvertrag konkret enthalten ist. Ob das gewollt ist, kann hier nicht festgestellt werden. Jedoch erwarten wir, daß der Uni-Präsident damit die Tarifverhandlungen für einen Hilfskräfte-Tarifvertrag unterstützt, und nicht (wie einige seiner Kollegen in der Vergangenheit) sabotiert. Damit bleibt die Notwendigkeit einer Klagekampagne und das Ziel eines Hiwi-Tarifvertrags.

Internationale Tagung "Flüchtlinge in Europa" fordert Hilfe statt Abschottung

Mehr als 500.000 Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien haben in den letzten Jahren in Westeuropa Zuflucht gesucht. Vor dem Hintergrund bereits durchgeführter Zwangsrepatriierungen nach Kroatien und drohender Massenabschiebungen nach Serbien, Montenegro und in den Kosovo trafen sich vom 14. - 16. Oktober 1994 VertreterInnen

von 25 Kriegsdienstverweigerungs-, Friedens- und Flüchtlingshilfeorganisationen aus der Schweiz, aus Österreich und aus der BRD in Kassel. Die Versammlung kritisierte scharf die Abschottungspolitik westeuropäischer Regierungen gegenüber Schutz und Asyl suchenden Menschen.



Flüchtlinge als "wenig tragfähige Konstruktion". U.a. verwarf die ExpertInnenrunde den Begriff des "zeitweiligen Schutzes", die Unterstellung herrschender AusländerInnenpolitik also, daß bereits kurz nach Kriegsende an eine Rückkehr

Westeuropäische Aufnahme politik erweise sich, so die Abschlusserklärung der Tagung, für die

hinaus sei es unerträglich, daß deutsche, österreichische und schweizer Behörden Flüchtlingen die Annahme oder Beantragung bosnischer, kroatischer oder anderer Pässe nach Kriterien aufnötigten, die häufig überhaupt nicht zuträfen oder mit denen die Betroffenen sich nicht identifizierten. "Der nationalistische Irrsinn, dem viele Flüchtlinge sich gerade entziehen wollten, ... wird durch diese Praxis westeuropäischer Behörden geradezu bestätigt".

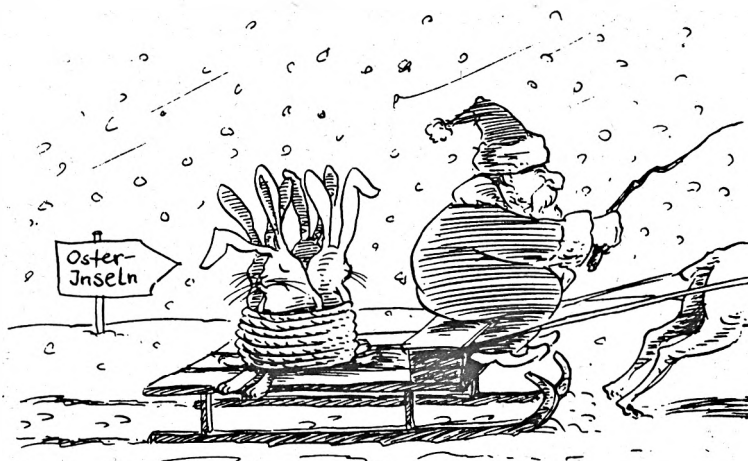
Fluchtgründe (z.B. Vergewaltigungen, Angst vor Vergewaltigungen oder die Sorge um das seelische und leibliche Wohl der Kinder). Zudem würden bei der Unterbringung, der medizinischen und psychosozialen Versorgung und in anderen Bereichen die Interessen von Frauen keine adäquate Behandlung erfahren.

Als Ausdruck eines "nationalistischen Geistes" und eines "nicht hinnehmbaren Verständnisses von staatlicher Souveränität" prangerten die TagungsteilnehmerInnen die Tatsache an, daß sich die westeuropäischen Staaten weigerten, Deserteuren und Fahnenflüchtigen aus Ex-Jugoslawien, entsprechend einer Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Schutz zu gewähren.

Mit Massenabschiebungen auch von Deserteuren müsse gerechnet werden, obwohl diese Gruppe weder in Restjugoslawien noch in Kroatien vor erneuten Rekrutierungen oder Bestrafungen sicher sei.

Ausdrücklich begrüßte die Tagung "Flüchtlinge in Europa" die "vielfältigen und phantasievollen Akte des Zivilen Ungehorsams", durch die "Abschiebungen verhindert und Flüchtlinge geschützt werden sollen".

Nähere Informationen gibt es u.a. bei: Connection e.V., Verein zur Fürsorge für Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, Brüder-Grimm-Str. 63, 63060 Offenbach, fon + fax: 069/84 50 16.



Ethnische Säuberung

der Flüchtlinge gedacht werden könne. Angesichts einer ungewissen Entwicklung des Konflikts und der Tatsache, daß ein Großteil der Betroffenen schon jahrelang im Exil lebe, verhindere eine derartige Annahme in der Praxis die Umsetzung persönlicher Lebensplanung (Qualifikationsmaßnahmen etc.). Darüber

Besonderes Augenmerk widmet die Kasseler Resolution den größten Gruppen unter den Flüchtlingen, den Frauen und Kindern. Mit dem Argument, daß die Verfolgung nicht vom Staat ausgehe, und daher kein Anspruch auf Gewährung von Asyl bestehe, ignoriere die westeuropäische Bürokratie frauenspezifische